

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Nr. 180.

Donnerstag, den 3. August 1895.

VI. Jahrgang.

Beiträge zur Programmdebatte.

III.

Man kann ein guter Socialdemokrat und doch ein schlechter Kenner agrarischer Fragen und Verhältnisse sein. Das ist eine Beobachtung, die wir in diesen Tagen der Discussion unseres Agrarprogramms hier und da glauben gemacht zu haben und diese Beobachtung ist zugleich eine Mahnung für uns selbst, am Ende nicht gar zu rasch und zu abschließend über einzelne Punkte des aufgestellten Programms zu urtheilen. Die Fähigkeit, generell über den Inhalt und die Durchführbarkeit aller einzelnen Punkte zu entscheiden, fehlt eine derartig umfassende Kenntnisk aller einschlägigen Fragen und der besonderen Verhältnisse aller ländlichen Gebiete, der verschiedenen Agrarverfassungen u. v. a. m., daß wohl nur wenige Genossen im Stande sein werden, eine solche Aufgabe zu lösen. Wir wollen versuchen, nach dem Maße unserer Erfahrungen und Kenntnisse einige kritische Bemerkungen zu einzelnen Punkten des Agrarprogramms zu machen, ohne Prätension, in diesen Fragen autoritativ zu sein.

Gleich in dem ersten, die neuen Programm-Vorschläge einleitenden und ihren Zweck bestimmenden Satz ist uns ein Bedenken gegen die dort beliebte Fassung gekommen. Es heißt dort: „Ausgehend von diesen Grundfragen fordert die Socialdemokratische Partei Deutschlands zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen im Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der socialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände im Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zunächst“: u. s. w. Hier scheint uns der Ausdruck „Verbesserung der Zustände im Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr“ durchaus nicht glücklich gewählt und sehr der Mißdeutung fähig. Die unklare Fassung ermöglicht es in der That, jene beabsichtigte Verbesserung auf die ökonomischen Zustände zu beziehen, für diese erachten wir aber nach den principiellen Grundlagen des Programms eine Verbesserung nicht möglich unter der Herrschaft des capitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln, die „für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“ bedeutet, sondern nur möglich nach Umwandlung

desselben in „gesellschaftliches Eigenthum und Umwandlung der Waarenproduction in socialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Production“. Die Partei hat ein lebhaftes Interesse daran, ihre programmatistischen Aufstellungen so klar und zweifelsohne zu halten, daß es den rabulistischen Kniffen der Gegner unmöglich wird, denselben auch nur scheinbare Widersprüche nachzuweisen und damit vielleicht Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen, die Ausbreitung unserer Ideen aber zu erschweren.

Wir sind weit entfernt von der Meinung, daß die Agrarcommission sich hier bewußt und absichtlich „in einen eclatanten Widerspruch mit der klaren principiellen Auffassung unseres Programms, mit der Geschichte und der Zukunft des proletarischen Klassenkampfes“ setzen wollte, wie das Parvus in unserem Leipziger Parteiorgan in dialektisch scharf zugespitzten, ihres Einbruchs nicht verfehlenden Ausführungen behauptet. Aber es ist nicht richtig, wie Parvus zu behaupten sich bemüht, daß hier unbedingt die Verbesserung der ökonomischen Grundlagen gemeint sein müsse, es ist vielmehr sicher, daß die Commission nur die Verbesserungen der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft u. s. w. im Auge hatte, wie sie durch die Forderungen unter 7, 13, 14 des Programms und einzelner unter dem Abschnitt „Schutz der Arbeiterklasse“ zum Theil längst aufgestellter Forderungen herbeigeführt werden sollen. Immerhin ist zuzugeben, daß die vorliegende Fassung eine unklare ist und da eine besondere Betonung dieser Richtung unserer Bestrebungen uns unnötig erscheint, theilweise auch schon durch den von Hebung der socialen Lage der arbeitenden Klassen“ sprechenden Passus gegeben ist, so würde sich unseres Erachtens eine Streichung der in einigen Kreisen der Genossen leidenschaftlich incriminirten Stelle von „und für die Verbesserung“ bis zu „Verkehr“ empfehlen.

Einige der dann folgenden speciellen Forderungen bedürfen wohl gar keiner besonderen Erläuterungen und noch weniger einer Rechtfertigung. Sie erklären sich einfach als Erweiterung und Ergänzung der früher schon im Programme enthaltenen und mehr oder minder auf die Bevölkerung der Städte berechneten Forderungen, die nunmehr ausdrücklich ihre Ausdehnung auf das Land finden. Hierher zählen wir die unter 7) erhobene Forderung des obligatorischen Besuchs auch der Fortbildungsschulen, der Errichtung ausreichender gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen, Muster-

wirtschaften und Versuchstationen, Abhaltung regelmäßiger landwirtschaftlicher Unterrichtscurse. Wenn diese Forderungen sachlich nicht von großer Bedeutung sind und speciell den Arbeitern wenige Vorteile bringen, so wird das kein Grund sein können, sie als überflüssig zu betrachten, ihre Erfüllung sollte vielmehr energisch erstrebt werden.

Gegen die unter 10) angeführte Forderung der „Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern (Gewerbe-, Haus-, Grundsteuern u. s. w.)“ hat im „Vorwärts“ Genosse G. L. gar eifrig eine Laxze eingelegt. Er bezeichnet die Aufhebung der Grundsteuer als ein Geschenk an die „nothleidenden Agrarier“ auf Kosten der Gesamtheit, von welchem diese als von den Socialdemokraten kommend, freudig überrascht sein würden. Schließlich kommt G. L. sogar zu der Behauptung, die Aufhebung der Grundsteuer sei geradezu eine anti-socialistische Forderung und stellt dabei die Definition auf, die Grundsteuer sei die Verzinsung eines unablässigen Besitztheils des Staates an Grund Boden. Dieser Probe kritischen Scharfsinns gegenüber müssen wir allerdings die Segel streichen. Wir haben in unseres Herzens Einfalt die hier betrachtete Forderung der Aufhebung der Grundsteuer eigentlich nur als eine vielleicht gar nicht einmal notwendige Erläuterung der ohnehin klaren Forderung einer „Rufenweise steigenden Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind“ betrachtet und für eine unumgängliche Konsequenz eben dieser Forderung des Erfurter Programms gehalten. Und wir haben mit derselben Sicherheit der Ueberzeugung gelebt, daß die Grundsteuer eben nur eine Steuer wie andere Steuern auch sei, eine Steuer, die nicht nur etwa der strohbüchliche Graf Rantz mit seinen nothleidenden Standesgenossen zahlen müsse, sondern die auch dem nichtbesitzenden städtischen Proletariat im Mietzins gar deutlich in die Erscheinung tritt. Dasselbe hat, wie unser Hamburger Parteiorgan treffend bemerkt, die Grundsteuer noch aus einem anderen Grunde für eine indirecte Steuer gehalten. Er sagt in seinem „Arbeiterprogramm“: „Die Grundsteuer, die zwar von dem Grundbesitzer direct erhoben, von diesem aber wieder auf den Getreidepreis abgewälzt und somit definitiv von den Getreideconsumenten bezahlt wird, daher eine indirecte Steuer bildet.“ Wird nicht, so fragen wir, die von uns geforderte Vermögenssteuereineen vollständigen und der Gerechtigkeit

Im Exil.

Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

35] (Nachdruck verboten.)

Nicht ohne Bitterkeit gedachte René der Worte des Dichters, die für alle die geschrieben sind, die kein Zuhause mehr haben:

„Mein Haus sieht mich an und kennt mich nicht mehr.“

Dann stieg er zu dem Quais hinab, schaute aus der Ferne dem Justizpalast einen freundschaftlichen Gruß, betrachtete mit gepreßtem Herzen die Trümmer des Rechnungshofes, die noch von dem Bürgerkrieg erzählt, und als er die Seine überschritten hatte, wandelte er stolz die in ihrer Art einzige Triumphallee der Champs-Élysées hinan, wo die Kastanienbäume, die in Paris zweimal im Jahre blühen und schneller wachsen, als die Bäume im Walde, aus dem dichten Grün schon ihre früh erblühten weißen und rosigen Thyrsusstäbe hervorstreckten. Danach wollte René die Boulevards entlang schlendern, die schon anfangen, sich zu beleben. Ein Sonnenstrahl, der die Wolken durchbrach, ließ plötzlich den feuchten Asphalt, die Fenster Scheiben der Kioske und der Geschäfte, die vielfarbigen Packete auf den Wagen kimmern aufleuchten, und in dem Hin- und Her der Passanten, dem Gedränge der Omnibusse, dem Lohwobohu der Zeitungsverkäufer, in dem beläunbenden und doch lustigen Lärm dieses menschlichen

Ameisenhaufens war er einen Moment wie trunken; Thränen traten ihm in die Augen, während seine Lippen lächelten. Er blieb stehen, um einen großen Strauß Anemonen aus Nizza von einer jener fliegenden Verkäuferinnen zu erstehen, die im Frühling durch die Großstadt fahren. So beglückwünschte er sich selbst zu dem Feste seiner Heimkehr.

Bei seinem planlosen Umherschweifen überraschte ihn eine Veränderung in der Physiognomie der ihn umgebenden Menge, die er nicht gleich nennen konnte; plötzlich fand er sie. Ja, es war die geringe Anzahl von Soldatenuniformen; die Boulevards waren bisher in seiner Phantasie noch immer von Soldaten und Offizieren belebt, wie zur Zeit des Kaiserreiches und des Krieges. Sollte er in dieser Seltenheit der Treffen, der Kämpis und der Spauettes ein glückliches Resultat der republikanischen Regierung sehen? — Er begab sich jetzt nach den Faubourgs. Dieselben waren so geblieben, wie er sie jederzeit gekannt hatte, düster, verträuchert, wimmelnd von elenden Gestalten; sie bildeten noch immer den unsauberen Gürtel der elegantesten Stadt der Welt. Auch die Republik schien hier nicht mehr Licht und Wohlstand verbreitet zu haben. Ein Hagelhauser, von heftigen Windstößen begleitet, prasselte plötzlich hernieder: René schauderte zusammen, von der Kälte durchrüttelt, aber auch plötzlich von einer Traurigkeit übermannt, die ihm wie eine böse Vorbedeutung schien. Er fühlte, wie der Schnee der Enttäuschung auf seine blühenden Hoffnungen fiel. Doch der Plogregen hörte sehr

balb auf, und als er nach dreißündiger Pilgerfahrt an der Thür Luciens ankam, strahlte die Sonne am Himmel und in seinem wieder heiter gewordenen Herzen.

Es war eines jener hohen, düsteren Häuser in der Rue Menilmontant, die ganz wie Kasernen aussehen.

„Herr Lucien Morlet?“ fragte er.
„Geradeaus, dort hinten im Erdgeschoß,“ wurde ihm geantwortet.

Er ging durch einen langen Flur, dann über einen Hof, dann kam ein zweiter Gang, der an dem Gitter eines Gärtchens endete. Er stieß die Thür auf und trat ein. Einige dürftige, hochaufgeschossene Sträucher, zwei oder drei Primel- und Tulpenbeete, ein Miniaturrasenstück und im Hintergrunde ein kleines weißes Haus, das aus dem grünen Rahmen hervorstuckte und den Eindruck eines in Paris vergessenen Stückchens Provinz machte — das war das Nest, in dem Lucien hauste. Und dieser verdeckte Zufluchtsort mitten in dem stark bevölkerten Viertel, drei Minuten von der Fabrik entfernt, in der er arbeitete, rings von hohen, häßlichen Gebäuden umgeben, konnte für das Sinnbild seiner ganzen Existenz gelten.

Sein Leben war friedlich, zurückgezogen, einfach bürgerlich, der umgebenden Menge nahe und hoch von ihr getrennt. Lucien hatte sich seit dem Beginn seiner Laufbahn ganz in den Kreis seiner Berufspflichten eingeschlossen. Seine Gewissenhaftigkeit trieb ihn, sie regelmäßig zu erfüllen und seine Pflicht, nicht darüber

entsprechenden Ertrag der wegfällenden Grundsteuer bieten können auch insofern, als sie das in Gewandtheit angelegte große Vermögen ihrer Häuser trifft, wie das jetzt die Grundsteuer zu thun vermag? Wir bleiben daher trotz der bestehenden Reduktion des Genossen (u. U. bei unserer Meinung, daß die Erweiterung, die der Punkt 10 unseres Programms durch den Vorstoß der Agrarcommission gefunden hat, ebenso gerechtfertigt wie selbstverständlich erscheint.

Und ebenso gerechtfertigt und aus unseren demokratischen Anschauungen mit Nothwendigkeit entspringend erscheinen uns die beiden unter Punkt 11) ganz neu formulierten Forderungen: „Abkündigung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Functionen und Privilegien (selbständige Amtsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Steuervorrechte u. s. w.) — Entschädigungsklose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbunterthänigkeit und der aus derselben herkommenden Lasten und Pflichten.“ Das die erste dieser beiden Forderungen durchaus nicht rein ländliche Verhältnisse tangirt, sondern auch und zwar in weit höherem Maße, wie manche unserer Genossen in der Stadt wissen, in die Interessensphäre der Städte hinüberspielt, können wir überzeugend erfahren, wenn wir uns z. B. nur einmal vor Augen führen, wie sowohl Städte wie Landgemeinden in Schlesien und Posen unter der in Kreislagern, Provinziallandtagen u. s. w. dominirenden Interessenpolitik der Großgrundbesitzer leiden. Und solcher Beispiele für die Schädigung der Interessen der städtischen wie ländlichen arbeitenden Bevölkerung durch eigensüchtige Ausnutzung der unendlich vielgestaltigen Privilegien der Großgrundbesitzer ließen sich zweifellos unendlich viele anführen.

Man kann am Ende sagen, daß eigentlich diese unter 11) gegebene Specialisirung von Forderungen, die ihrem ganzen Wesen nach längst unter 2) des Erfurter Programms einbegriffen seien, nur eine überflüssige Ausdehnung unseres Gesamtprogramms bedeute. So gern wir eine Reducirung des wirklich unheimlich anschwellenden Programmkörpers sehen würden, so halten wir es doch für gut, daß diese Forderungen ganz speciell aufgeführt sind, lediglich schon, weil wir uns von ihrer ausdrücklichen Betonung eine bedeutende agitatorische Wirksamkeit auf dem Lande versprechen.

Politische Rundschau.

Die Wirkung der Getreidezölle wird wieder einmal von einem Fachmann in ihrer wahren Bedeutung gewürdigt. Herr Kühnemann in Stettin, der nicht nur bedeutender Getreidehändler, sondern auch praktischer Landwirth mit großem Grundbesitz ist, führt in einer Schrift „Die agrarischen Angriffe auf den Handel“ zu diesem Thema Folgendes aus:

Bei den Durchschnittsernten der Jahre 1882—1891 von 660 Pfund Weizen und 490 Pfund Roggen pro Morgen wäre der behaute Morgen Weizen mit rund 1 1/2 M., der behaute Morgen Roggen mit rund 7/8 M. geschätzt, wovon natürlich das Saatgut und der eigene Verbrauch keinen Nutzen haben. Diese statistisch richtige Berechnung giebt indes von den wirklichen Verhältnissen kein zutreffendes Bild. In Wirklichkeit vertheilt sich der Rollschus ganz anders; fast man diese Wirklichkeit etwas

hinausgehen. Da er als Ingenieur eine Zwischenstellung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern einnahm, hielt er darauf, sich beiden Theilen gegenüber kühl und correct zu verhalten. Die bestehenden Zustände sah er als Thatfachen an, die zu ändern er keine Lust hatte. Unfähig, eine schlechte Handlung zu begehen, war es ihm andererseits auch nicht möglich, sich durch irgend eine Einmischung in die Angelegenheiten Anderer zu compromittiren. Er betrachtete die Politik wie eine Art chemischer Manipulation, die, wegen ihrer Gefährlichkeit, nur von einigen Specialisten ausgeübt werden durfte und folglich den Leuten, deren Handwerk sie nicht war, verboten werden mußte. Mit all diesen Eigenschaften, dazu höflich, freundlich, verbindlich, wenn es ihm möglich war, gehörte er zu jenen Durchschnittsmenschen, die als Häder im gesellschaftlichen Mechanismus vorzüglich funktionieren.

Wie er ein guter Beamter war, so war er auch ein guter Gatte geworden. Er hatte zu dem Zeitpunkt, den er sich festgesetzt hatte, nach allen Regeln des Herkommens ein junges Mädchen geheirathet, das weder reich noch arm, weder hübsch noch häßlich, weder geistreich noch dumm war; und in dieser wohlüberlegten Verbindung fand er ein ruhiges, hübsches Glück, das — wie sein ganzer Charakter — gerade die goldene Mitte inne hielt. In einer Zeit und in einem Lande, wo es weder Ungerechtigkeiten noch Elend gegeben hätte, wäre Lucien ein Musterbürger gewesen.

Er empfing René herzlich, zeigte ihm sein Acker-

stübe im Auge, so rufen die Beobachtungen über den angeblich allgemeinen Wohlstand in ein ganz anderes Licht. Von den Hochzeiten in den letzten Jahren und diesen Jahren haben die reichen, wasserhaltigen Böden den größten Theil gehabt, während die weiten Strecken mit leichtem Sande in Folge des Wassermangels granden Mitherriten machten. Gewöhnlich liegen die capitalstättigen Güter auf den breiteren Aeltern- und Mädelböden bis bis 14 Centner Roggen und 16 bis 20 Centner englischen Weizen brachte, für welche der Schutz Zoll von 15 M. pro Ton Weizen und 24 M. pro Morgen eine ganz andere Bedeutung hatte, als für den Sandwirth, der in den trockenen Jahren vielfach wenig über die Saat und den eigenen Bedarf erntete. Die Reichthümer belehrt uns zwar über den erzielten Durchschnitt der Ernten und die Gesamtzahl des Viehs in Deutschland. Eine detaillierte Statistik über die Erträge vom Morgen auf den verschiedenen Bodenklassen würde leicht den Nachweis liefern, daß von einer allgemeinen Nothlage der deutschen Landwirtschaft wegen der Getreidepreise nicht die Rede sein kann, wohl aber, daß eine Vielzahl von Landwirthen einen schweren Kampf zu bestehen hat. Dieses trifft natürlich am meisten zu bei den schwächeren auf leichten Böden, wo die Kartoffel eine Hauptrolle spielt, die in den letzten drei Jahren allerdings vielfach unter den Produktionspreisen verkauft werden mußte. Die reichen Böden erzielten durchweg Kolossalenernten, während der Sand bei der Dürre erlag. Nebenbei bemerkt, hat die ungeheure Mehrzahl der Landwirthschaft nichts von der staatlichen Liebesgabe an die Spiritusbrenner, welche von Kartoffeln nur 2,148,014 Tons in 1890/91 verarbeiteten gegen den Erntertrag von 32,277,851 Tons im Jahre 1893. Die Getreidezölle bringen nicht nur die größten Vortheile den größten Besitzern, die am meisten zu verkaufen haben, sondern sie schaden auch allgemein den reichen Böden viel mehr, als den nicht wasserhaltenden leichten Sand, der außerdem meistens kaltarm ist und deshalb die Nährstoffe für die Pflanze nicht genügend verarbeiten kann.

Gegen die Todesstrafe. In Griechenland konnte beinahe alle Jahre lang kein Verbrecher hingerichtet werden, weil sich niemand fand, der kalten Bluts einen Mitmenschen tödten wollte. Etwas Aehnliches ist jetzt in Württemberg geschehen. Dort hat lange Zeit keine Hinrichtung stattgefunden, weil der König in der Todesstrafe eine Barbarei erblickte. Das ist aber jetzt anders geworden. Solche „Sentimentalitäten“ gelten heutzutage nichts mehr, und jüngst wurde zur größeren Ehre des neuen Deutschen Reiches (wohl als Theil der Jubiläumstete) ein Mensch geköpft. Das ging indes nicht so glatt ab. Der „Beobachter“ schreibt darüber:

Die Richter haben sich sämmtlich geweigert, dem Tode, bei dem einem Menschen der Kopf durch maschinelle Messerborrichtung von Amis wegen abgetrennt werden sollte, anzuzuwöhnen, und es mußten deshalb, da die Vollzugsverordnung die Anwesenheit von zwei Richtern vorschreibt, die beiden jüngsten Richter von Aufsicht wegen bestimmt werden. Der Präsident des Schwurgerichts, von Pieninger, hatte es gleichfalls abgelehnt, den Köpfungsact mit anzusehen. Minister Wittmann hat auf Grund seiner persönlichen Eindrücke bei einer Hinrichtung, der er als Staatsanwalt beizuwohnen hatte, in einer Publication erklärt, das Köpfen sei ein Vernichten, kein Strafen; er hat als nachheriger Justizminister dem Könige niemals eine Hinrichtung empfohlen.

Aber war es den Segnern der Köperei denn nicht möglich, das gräßliche Schauspiel zu verhindern?

Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen. Aus Karlsruhe wird geschrieben: Das Ministerium des Innern fordert augenblicklich Gutachten über die Frage der Sicherung der Forderungen des

Besitzthum, setzte ihm seinen Lebensplan auseinander, erzählte ihm, wieviel er verdiente, und was er, je nachdem das Jahr gut oder schlecht war, bei Seite legen konnte, erklärte ihm, daß er sich zwei Kinder wünschte, und daß er sich zur Ruhe setzen wollte, sobald er das sechszigste Jahr erreicht habe. Während des Frühstückes rief er ihm, sich von nun an auch an das Positive zu halten, sich zu verheirathen, sich eine sichere, bescheidene Stellung zu gründen und für seine alten Tage etwas Geld zurück zu legen. Was konnte man mehr wünschen? Frau Lucien Morlet, eine kleine, brünette, runde Erscheinung mit tadellosen Manieren und Ansichten, die durchaus wohl gefittet waren, nickte zum Zeichen ihrer Zustimmung hin und wieder mit dem Kopfe oder warf ein lautes Wort in die Unterhaltung, als wenn sie überhaupt nicht ahnte, daß man gegen diese Dinstenz an Weisheit etwas einwenden konnte. Frau Messant stimmte begeistert mit den Ansichten ihrer Wirthin überein und dankte ihnen dafür, daß sie ihrem Sohne ein so gutes Beispiel und so vortreffliche Rathschläge gaben. Sie gebe die Hoffnung, sagte sie, daß er sein Glück machen werde so gut wie ein Anderer, daß er aus den Dictionen der Vergangenheit Nutzen ziehen und sich nicht mehr mit Dingen beschäftigen werde, die ihn nichts angingen. Frankreich würde schon ohne ihn vorwärts kommen.

René schweig trübsinnig und ein wenig melancholisch zueinander und fragte sich, ob er von nun an wieder für sich allein leben müsse, nachdem er unter dem Gefühl der Einsamkeit so sehr und so lange gelitten.

Handwerker vor. In dieser Angelegenheit ist die Seite der bayerischen Arbeiter- und Bauhandwerker nach langem Debatten folgende Beschlüsse: Ein eigentlicher Bauhandwerker existirt in Karlsruhe nicht, weil er nicht in der Nähe, wie er in den großen Städten der Rheinlands vorhanden sein soll. Doch kommen auch hier „Manipulationen“ vor, die vom Standpunkt eines echten Bauhandwerkers beurtheilt werden müssen. Eine hypothetische Sicherung der Bauhandwerker nach Maßgabe des Vorschlags ohne Schädigung des bestehenden rechtlichen Hypothekensystems erscheint dem Verein geboten. Ueber Schwindelbauten machte der städtische Baucontrolleur Mittheilungen, die eine strengere Controlle dringend wünschenswert erscheinen lassen. Ob freilich die Einführung des Befähigungsnachweises, wie der städtische Baucontrolleur meint, etwas zu helfen vermag, scheint doch zweifelhaft.

Zur Untersuchung gegen Schröder und Genossen geht der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung eine höchst befremdende Mittheilung zu. Die Vertheidigung hat ihre Entlastungszeugen benannt und diese Entlastungszeugen sind im Auftrage der Staatsanwaltschaft vernommen worden von dem Polizeicommissar Brodmeyer in Herne, der bekanntlich selbst Belastungszeuge ist! Brodmeyer ist Intimus des Münter, über dessen Verhalten die Zeugen hauptsächlich befragt werden sollen. Was sagt der Justizminister Schönlebe dazu?

Freiheit, wie — in Preußen! Aus einer Strafkammerverhandlung in Dortmund gegen den Redacteur der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung, Genosse Bloch, wurde bekannt, daß ein Genosse eine Versammlung auflöste, weil ihn ein Redner verächtlich anblickte. Polizeicommissar Meyer, der dort der politischen Polizei vorsteht, begründete ein Versammlungsverbot damit, daß man eine unnütze Erregung der Bevölkerung habe vermeiden wollen. Man kann sich denken, wie solche Handhabung des Vereinsgesetzes wirken muß.

Bureaucratismus am Nord-Ostsee-Canal. Die „Post“ bringt eine Zuschrift aus Kiel, in der darüber geklagt wird, daß die Verwaltung und der Dienst am Canal nicht nach handelsrechtlichen praktisch bewährten Gesichtspunkten, sondern nach bestimmter Dienstschablone ausgeübt werden. Die Zuschrift führt dazu aus:

Die wenigen, den Canal benutzenden Schiffsführer klagen, abgesehen von der Höhe der Gebühren, besonders über Verkehrserschwerungen, über praktische, zeitraubende und unnötige Arbeit erfordernde Verwaltungsmaßnahmen. Bestimmte, zielbewusste Eintheilung der Verkehrsregelung wird vermisst; die Kosten lassen es an Zuborkommenheit, die Subalternbeamten an wohlwollender Handhabung ihrer Instruction fehlen. Die oberen Verwaltungsorgane aber sind für das Publikum unerschaffbar. Mit einem Worte gesagt, die Fahrt durch den Canal ist für viele Schiffer eine Fahrt der Verzweiflung, und mancher nimmt sich vor, lieber wieder die alte, gefährlichere, zeitraubende Bahn um Elagen zu segeln, als im Canal und an den Schleusen sich zu allen hohen Kosten noch zu ärgern und sich unwirksam behandeln zu lassen. Dazu kommt noch, daß trotz der wahrhaft bewundernswürdigen elektrischen Beleuchtungsanlage längs des ganzen Canals bis jetzt der Canalverkehr lediglich auf die Tagesstunden beschränkt ist.

Auch geht, wie einer anderen Zuschrift zu entnehmen ist, das Gerücht, die Canalverwaltung wüßte,

„Nun, Dein Hunger nach Paris ist noch nicht gestillt!“ rief Lucien, der sein Schweigen mißverstand. „Deine Mutter und Du, Ihr werdet es wohl nicht abwarten können, eure alten Bekannten wiederzusehen. Vergesst nicht, daß Ihr hier wie zu Hause seid und gehen und kommen könnt, wie Ihr wollt.“

Sie wollten ihren ersten Besuch dem Grabe des Vaters widmen und der Strauß, den René gekauft hat, wurde wie eine fromme Opfergabe dorthin getragen. In wenigen Minuten waren sie auf dem Friedhof des Père-Lachaise angelangt.

Das Antlitz des jungen Mannes verzog sich schmerzhaft, als er an der Mauer vorüberging, vor der so viele seiner Gefährten erschossen worden waren, und ohne ein Wort zu sprechen, warf er ein Bünd rother Anemonen auf dieses blutgetränkte Stück Erde. Die übrigen legte er auf den Stein nieder, der die Begräbnisstätte seiner Familie bezeichnete. Während seine Mutter auf den Knien betete und weinte, begann er nachzudenken. Er dachte zunächst an den, der dort zu seinen Füßen schlief und dessen Blut, dessen Jüge, dessen Stimme, dessen Neigungen, tausend Einzelheiten noch dunkel in ihm weiterlebten. Er sagte sich, daß alles dies schon bei seinem Vater ein Vermächtniß ferner Vorfahren war; er empfand so das starke Gefühl des Bandes, welches das Leben mit dem Tode, die lebenden Generationen mit dem Dahingegangenen verknüpft.

(Fortsetzung folgt.)

die Aufsicht über den Lebenslauf der fallenden Wirt-
schaft. Seine allen festeren Erringerung der Privat-
wirtschaft durch den Canal, Rede vortrags, den Canal-
bau, die marine-ökonomische Operationen
ist zu halten.

— Auch auf den bayerischen Staats-Eisen-
bahnen wird auf Kosten der Unterbeamten und Ar-
beiter „Epa“ politisch getrieben. Ein Erlass, den der
bayerische Finanzminister Nibel angeordnet hat, schreibt
härtere Ausübung des so bereits latente angepannten
Personals vor. Was geschieht? Der standard of life,
die Lebenshaltung der Bediensteten, wird gedrückt, die
Unzufriedenheit großer Schichten wächst, die Ueber-
anstrengung der Beamtenschaft vermindert die Betriebs-
sicherheit. Aber das fiscalische Interesse giebt den Aus-
schlag. Ueberprüfungen will Herr Nibel.

Ueber die österreichischen „Bagabunden“
schreibt unser Wiener Parteiorgan: Seitdem das Gesetz
erlassen wurde, demzufolge die Proletarier, die das
Capital nicht brauchen kann, in's Zuchthaus kommen,
sind in der ganzen biesseitigen Reichshälfte jährlich bei
100,000 „Bagabunden“ verurtheilt worden. Die
meisten „Bagabunden“ entfallen auf Kronländer mit
besonders starker Industrie. So sind im Jahre 1889
in Niederösterreich 10,449, in Böhmen 43,025, in
Mähren 11,464, in Schlesien 4498 Personen wegen
„Bagabundage“ verurtheilt worden. Erwägt man, daß
Galtzien bei seiner bedeutenden Einwohnerzahl und bei
seiner räumlichen Ausdehnung zum allgemeinen „Baga-
bunden“-Contingent im selben Jahre bloß 9343 Personen
gestellt, so wird sofort klar, daß die Kronländer mit
vorwiegendem Großgrundbesitz in der „Bagabunden“-
Macherei nicht so productiv sind wie die Industrie-
centren. Der Großgrundbesitzer kann sich bekanntlich
bei den niedrigen Löhnen, die er zu zahlen beliebt, und
bei seiner geistigen Trägheit, die ihn verhindert, die
Form seines Betriebes auf ein höheres Niveau zu heben,
den Luxus, viele Arbeiter anzuwenden, leisten und ist
auf die Reservearmee nicht so angewiesen, wie der
industrielle Capitalist. Die Agrarier beklagen sich ja
sogar über zu großen Abfluß von Arbeitskräften
vom flachen Lande in die Industriezentren. Nichtsdesto-
weniger haben es auch die Großgrundbesitzer in der
„Bagabunden“-Production herrlich weit gebracht, und
„Bagabunden“ frei sind eigentlich nur jene Länder, die
die Segnungen der capitalistischen Produktionsweise
noch nicht kennen gelernt haben. In Dalmatien zum
Beispiel, dessen Bevölkerung weder von der Industrie
noch vom Großgrundbesitz ausgebeutet wird und in
halbcommunistischen Markgenossenschaften nach Urwälder
Weise ihre dürftigen Acker bestellt, hat es im Jahre
1889 bloß 212 „Bagabunden“ gegeben. Diese Zahlen
beweisen jedenfalls unwiderleglich, daß die Bagabundage
in den ökonomischen Verhältnissen wurzelt, und daß
ort, wo die Vorbedingungen der Arbeitslosigkeit am
meisten entwickelt sind, auch die meisten Bagabunden-
verurtheilungen vorkommen. Unser „Zeitalter der
Humanität“ hat natürlich für die „öffentliche Calamität“,
die es aus sich selbst heraus geschaffen hat, kein anderes
Mittel als Schubwagen und Kerker. Vielleicht
werden es sich die bürgerlichen Humanitätsapostel sogar
noch hoch anrechnen, daß sie nicht mehr, wie weiland
Königin Elisabeth von England, die Landstreicher hängen
lassen.

Die französischen Generalrathswahlen haben
der socialistischen Arbeiterpartei nicht die erwartete Zahl
von Mandaten gebracht, dagegen ist die Zahl der für
den Socialismus geworbenen Wähler seit den letzten
Wahlen überall gestiegen. In 22 Bezirken des Nordens,
deren Ziffern uns bis jetzt vorliegen, ist die Zahl der
socialistischen Stimmen von 20,400 auf 33,000 ge-
stiegen, also um 13,000. In mehreren Wahlbezirken,
wo im Jahre 1892 überhaupt kein Socialist aufgestellt
werden konnte, sind diesmal tausend bis zweitausend
Stimmen für den Socialisten abgegeben. Selbst in
Noubaix, wo zuletzt Genosse Carette gewählt worden
war, der jetzt durch einen Candidaten der ver-
einigten Republikaner und Monarchisten verdrängt ist,
hat die socialistische Partei 1431 Stimmen gewonnen.
Ueber das Resultat der Wahlen in Noubaix schreibt
der „Reveil du Nord“: „Motte ist gewählt, Delcroix
ist gewählt, Godefroi-Martel ist gewählt. Bedeutet
das, daß die Arbeiterpartei besiegt wurde? Keines-
wegs! Vergebens hat sich der Opportunismus und die
Reaction, die Kirche und die Regierung coalirt; ver-
gebens hat die Verleumdung gewüthet. Weder kam
selbst, ausgestreut, ohne es zu zählen, noch der Ge-
schäftigkeit der Unternehmer und der Behörden ge-
lang es, der Arbeiterpartei auch nur die Haut zu
rauben. Unsere Armee vom Jahre 1893 ist unverfehrt,

mit haben sich einen Mann verloren. Was sagt ich!
Wir haben in weniger als drei Jahren bei 1200 Be-
sitzen für den Socialismus geworben. Bei den
Bezirkswahlen von 1892 erhielt Genosse Henri Carette
2877 Stimmen, Godefroi (beim ersten Wahlgang) 2745,
Desbarbais (beim ersten Wahlgang) 1887, zusammen
7449 Stimmen. Carette erhielt 3708 Stimmen,
während Godefroi 3662 und Desbarbais 1860 be-
kamen, zusammen 8920 Stimmen. Die Arbeiterpartei
hat also genau 1431 Stimmen gewonnen. Unsere
Gegner sprechen Angesichts eines solchen Resultats von
einer Niederlage. Für uns, für die Ober, die wir
versuchen, für die sociale Revolution, die unser Ziel
ist, ist das ein Sieg, ein großer Sieg, den wir mit
Stolz verzeichnen. Arbeiter von Noubaix, ihr habt
das arbeitende Frankreich nicht bloßgestellt; es ruft
noch einmal zu: Bravo und Dank! Gegen Carette,
das heißt gegen den Arbeiterbürgermeister eurer großen
Gemeinde war das Feuer aller feindlichen Väterlein
gerichtet und concentrirt. Es handelte sich darum,
kostete es, was es wollte, um den Preis von Unrecht,
Fälschung und Verrath euren wackeren und eifrigen
Vertreter im Rathhaus in die Minorität zu bringen.
Und doch geht Henri Carette aus dem wüthenden An-
griff, der ihn vernichten sollte, in Noubaix selbst mit
einer Mehrheit von 350 Stimmen aus der Urne. Er
ist der Erwählte von Noubaix, Herr Motte ist nur
der Gewählte von Wattevelos. Reactionäre und Oppor-
tunisten werden sich vergebens entehrt haben.

Der Ausfall der Wahlen ruft natürlich trotzdem
das Entzücken aller Gegner hervor, weil die socialistische
Arbeiterpartei nicht die erwarteten Erfolge errungen
hat. Erfolge sehen die bürgerlichen Parteien nämlich
nur in der Zahl der errungenen Mandate. Wie die
Sitze erobert werden, ob die Wähler von den politischen
und socialen Principien der Partei, für die sie stimmten,
durchdrungen sind, oder ob sie durch Bestechung, Be-
drohung oder politische Unwissenheit zur Abstimmung
gedrängt wurden, ist der Bourgeoisie aller Länder gleich-
gültig. Das sind dieselben Leute, die es nicht fassen
können, daß z. B. die österreichischen Arbeiter die kürzeren
Sitze der Arbeiterkammern und Arbeitercurien zurück-
weisen und ein ernstes Wahlrecht fordern, auch wenn
sie dabei weniger Sitze erlangen. Wenn die Socialisten,
wie diesmal bei den französischen Generalrathswahlen,
um tausende und tausende von Stimmen zunehmen,
aber in Folge der Vereinigung von Monarchisten
und Republikaner, Freidenkern und Pfaffen, Oppor-
tunisten, Liberalen, Radikalen und Klerikalen weniger
Mandate erlangen, als die Ordnungslügen gefürchtet,
so jubeln die großen Politiker auf und stimmen dem
französischen Präsidenten bei, der dem Minister des
Innern seinen Glückwunsch zu den Wahlen sandte, weil
sie „nichts weniger als die Vernichtung der Socialisten
bedeuten.“ Als ob das, was sie die „socialistische
Gefahr“ nennen, nicht in der Zahl der Anhänger,
sondern in der Zahl der Vertreter zum Ausdruck käme!
Ueberall, wo die socialistische Arbeiterpartei das Mandat
nicht errang, hat ihre Stimmenzahl zugenommen, und
in zahlreichen Bezirken, wo sie bei der letzten Wahl
überhaupt noch nicht aufgetreten war, erhielt sie dies-
mal tausende von Stimmen. Wo sie unterlag, hatten
sich sämtliche bürgerliche Parteien verschmolzen und
alle gegensätzlichen Interessen und Meinungsverschieden-
heiten beiseite gelassen. Wenn die bürgerlichen und
mittelalterlichen Parteien Deutschlands bei den nächsten
Wahlen ihre widerstreitenden Interessen vergäßen und
die Socialdemokratie dadurch eine Anzahl von Man-
daten verlöre, würde sie den Machhabern weniger
gefährlich erscheinen? Nur politische Rindsköpfe können
aus der geringen Zahl der socialistischen Mandate bei
Zunahme der socialistischen Stimmen auf eine Demon-
stration des Volkes zu Gunsten der bestehenden Ordnung
schließen.

Die schwere Niederlage der englischen Libe-
ralen bei den Wahlen — die Mehrheit der Unionisten
beträgt über anderthalb Hundert — wird von der ultra-
montanen Presse Englands als ein bedeutender Erfolg
auch speciell für die katholischen Interessen bezeichnet.
Seiner Zeit haben die katholischen Bischöfe Englands
unter Führung des Cardinals Vaughan und unter Mit-
wirkung angesehenen Laien eine Denkschrift über die
Schulfrage erlassen, in welcher sie die Forderungen der
katholischen Kirche aufzählen, natürlich vor Allem Ge-
wicht auf confessionell getrennte Schulen legen, und
dazu auch gleich den Weg angeben, wie diese Schulen
zu unterhalten sein würden. Der Sieg der Unionisten
gilt nun der „Catholic Times“ als Bürgschaft für die
Durchführung der confessionellen Schule. Das Blatt
berücksichtigt dabei ungewiss, daß die Conservativen
eine ausreichende numerische Stärke im Parlament haben
werden, und für eine Mehrheit zu Gunsten der confes-

sionellen Schule, daß diese Unterbrechung, der über die
Unterbrechung, nicht bedauerlich. Aber die Unterbrechung
auf Schule betrieblen Kreise, die die Schule, und
die protestantische Kirche, macht aus die „Catholic
Times“ interessante Mittheilungen. Der Punkt ist
hauptsächlich eine Frage für die confessionelle
Schule hat, wie das Blatt sagt, die Zustimmung aller
gläubigen Protestanten gegeben. Schon damals wurde
von von den Bischöfen die Schulfrage in enge Ver-
bindung mit den kirchlichen Wahlen gebracht; es wurde
den Katholiken eingeleitet, keinem Candidaten ihre
Stimme zu geben, der nicht die bindende Erklärung ab-
gab, im Parlament für die völlige, rechtliche und
finanzielle Gleichstellung der confessionellen Schulen mit
den confessionellosen Board- oder Staatschulen zu
stimmen. Dieses entschiedene Auftreten der Katholiken
hat, nach der „Catholic Times“, bei den Conservativen,
deren Führer Lord Salisbury, als einen entschiedenen
Freund der confessionellen Schule sich bezeichnet, leb-
haften Beifall gefunden, und als jetzt nach Auflösung
des Parlaments die Wahlen kamen, liehen sogar manche
ihrer Candidaten die Denkschrift der Bischöfe in allen
Gemeinden ihres Wahlkreises überall öffentlich anschlagen,
zum Zeichen, daß ihre katholischen Mitbürger und
Wähler in der Schulfrage bestimmt auf sie rechnen
können. Allerdings, die protestantische Orthodogie hat
genau dasselbe Interesse an theologischer Dressur der
Volksmassen durch confessionelle Schule, wie der Ultra-
montanismus. — Uebrigens gefällt den Irändern der
Ausfall der Wahlen durchaus nicht. Das Blatt des
irischen Abgeordneten Dealy, „Irish Catholic and
Nation“ schreibt: „Von einem hervorragenden Geis-
tlichen, dessen Stimme Ansehen unter seinen Landsleuten
besitzt, erhalten wir folgende Zuschrift: Die Tory-
mehrheit im neuen Parlament wird überwältigend sein.
Die Liberalen sind in Großbritannien fast von der
Bildfläche verschwunden. Was kann unsere irische Partei
der tyrantischen Toryregierung gegenüber thun: Würde
es nicht klug sein, die Frage in Erwägung zu ziehen,
ob es nicht das Beste ist, wenn unsere Abgeordneten
ganz vom Reichsparlament fernbleiben? Ihre Anwesen-
heit würde nur den Vorwand der Union aufrecht er-
halten. Unter den jetzigen Verhältnissen wird Irland
fast wie eine Kroncolonie behandelt werden. Nach
meiner Meinung sollten wir die Dinge gleich zur Krisis
treiben. Irland wird seinen Entschluß, Homerule zu
erhalten niemals ändern. Ohne Homerule ist es eben
einfach ruiniert. Am nothwendigsten ist jetzt, eine große
Nationalconvention abzuhalten, auf der die zu ver-
folgende Politik festgestellt wird. Die Entscheidung
der Mehrheit würde in dieser großen Krisis ohne Zweifel
loyal ausgeführt werden.“

Arbeiterbewegung.

Die streikenden Maurer in Halle a. S. lehnten in
einer Versammlung das Angebot der Forderung ab, die nur
37 Pfennige Mindestlohn pro Stunde beivilligen will, und
beschlossen gegen 6 Stimmen, auf der Forderung von 40 Pf.
Stundenlohn zu beharren.

In Kronenberg bei Elberfeld haben die Arbeiter in
der Schloßfabrik von Rubens wegen Lohnunterschieden die
Arbeit eingestellt.

Ein Ausstand der Feilenhauer steht in Erfurt
bevor, weshalb bis auf weiteres Zuzug zu vermeiden ist.

Den Eisendrehern in der Gasmotoren-Fabrik vorm.
Moritz Hille in Dresden, Eisenstraße, sind von verschiedenen
Arbeiten Abzüge bis zu 15 Procent gemacht worden, weshalb
8 Arbeiter aufhörten. Weitere Arbeitsniederlegungen stehen
in Aussicht. Zuzug ist deshalb zu unterlassen.

Die Lagerhalter sächsischer Consumvereine be-
schlossen in einer Zusammenkunft in Leipzig einen Verband
der Einzelmitglieder der in Consum- und ähnlichen Vereinen
beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen zu begründen.
Dieser Verband soll seinen Sitz in Leipzig haben. Der
Statutenentwurf, der einer allgemeinen Lagerhalterconferenz
zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll, stellt als zu
erreichende Ziele die Verkürzung der Arbeitszeit, bessere
Bezahlungsverhältnisse, Stellenvermittlung, Gewährung von
Rechtschutz u. s. w. auf.

Die Diamantschleifer Gnanus haben in einer stark
besuchten Versammlung beschlossen, in allen Geschäften zu
kündigen, wo nicht der ihnen aufgestellte Tarif anerkannt
wird. Die meisten Geschäfte haben die Annahme des Tarifs
für den Fall zugesagt, daß ihn auch die anderen bezahlen
müßten.

Der Streit der Postbeamten Budapests ist nicht
ohne Nutzen gewesen. Zahlreiche Bürger, die sich durch
brutale Behandlung bei den Unterbeamten verhaßt gemacht
hatten, sind von Budapest nach anderen Orten Ungarns
verlegt worden, was sie sich vernünftiger zur Warnung
dienen lassen werden. Nach den neuesten Verfügungen des
Handelsministers wurde der bisherige Director des Buda-
pester Post- und Telegraphenamtes, Johann Kisch, in
derselben Eigenschaft nach Klausenburg verlegt, und dem
Post- und Telegraphenrath Paul Sohar wiederholte dasselbe
Schicksal.

In Przemysl in Galizien dauert der Massenausstand
der Arbeiter fort. Die Vermittlung des Gewerks-Inspectors
blieb erfolglos.

Aus Bern wird mitgetheilt, daß die Verwaltung der
Centralbahn ihren Arbeitern am Bahnhof in Basel an-
statt der verlangten 25 procentigen Lohnerhöhung 10 pCt.
angeboten hat.

Gerichtliches.

Dem Militärbezirksgericht zu Magdeburg...

Die Verurteilung eines öffentlichen Vergewaltigers...

Ein Prozess. Im Dezember 1894 fand in...

Der Schaffthueber. (Münchener Humor vor Gericht.)...

Beim Eintritt in den Gerichtssaal eine gewisse Unruhe und...

Nichter: Was haben Sie auf die Anklage vorzubringen?...

So ein verblödeter Mensch kann es nicht geben, denn...

Das Jugendverhör ergab zur Evidenz, daß der Kläger...

Locales.

Breslau, den 3. August 1895.

* Arbeiter, Genossen! Unterstütze jeder nach Kräften...

* An die socialdemokratischen Frauen Breslaus!...

Breslauer Spaziergänge.

Run hat er sein großes Leben ausgehaucht, er ist dahin...

neugierig, staunend und furchtsam unwimmelte und er hat...

Ja, „Jumbo ist tot!“ so verkünden in fetter Schrift die Zeitungen...

sein so passendes Sterben, obwohl er sonst meinetwegen...

Meine Sympathie für Thiere erstreckt sich auf viele Arten...

Die Ablehnung unseres Besuchs, einen Berichterstatter zu den Verhandlungen des hiesigen Landgerichts entlassen zu dürfen, durch den Präsidenten des Gerichts, Herrn Dr. Brückner, bietet der „Dreslauer Morgenzeitung“ Anlass zu folgenden Ausführungen:

„Die „Volkswacht“ durch die von ihr in Aussicht genommene Schritte eine Aenderung des ablehnenden Bescheides herbeiführen wird, muß saglich bezweifelt werden; in diesen Dingen bleibt es gegen den Herrn Präsidenten kein wirksames Oppositionsmittel. Warum aber verweigert man dem Blatte die Möglichkeit einer sachlichen Berichterstattung? Die vorgeschlagenen Strafen, denen keine Medeaure wiederholt versallen sind, können doch unmöglich als ein sachhaltiger Grund dafür gelten, dem Berichterstatter des sozialistischen Organs die Ausübung seiner publizistischen Thätigkeit zu erschweren. Daß ein scharf oppositionelles Blatt häufiger in die Gefahr kommt, verurtheilt zu werden, liegt in der Natur der Sache. Aber eine durch Verletzung des Freigebotes verurtheilte Strafe ist doch etwas anderes als eine wegen Diebstahls oder Meineides verhängte Buße. Wir meinen, weder die Würde der Rechtsprechung noch das Ansehen der Richter möchten Schaden leiden, wenn die Pflicht der publizistischen Berichterstatter allen Blättern ohne Unterschied der Parteilichkeit und ohne Rücksicht auf präjudicialen Niederlagen eingeräumt würde. Die Sonderstellung, in welche man die Sozialisten oft hineindrängt, hängt nur davon bei, die Kunst zwischen den Fingern des bürgerlichen und des Zukunftsstaates künstlich zu erweitern und die Gegensätze zu verschärfen.“

Auch die „Dresl. Zeitung“ beschäftigt sich mit der Angelegenheit. Unsere Bemerkung, der Herr Landgerichts-Präsident fürchte wohl, unser Berichterstatter könne durch die Theilnahme an den Verhandlungen gar selbst zur Begehung schwerer Verbrechen geneigt gemacht werden, ein Spott, der durch die merkwürdige Abfassung der ablehnenden Begründung des Bescheides seine volle Berechtigung findet, giebt der „Dresl. Ztg.“ Veranlassung, zu wünschen, wir hätten bei der principiellen Bedeutung der Sache für die gesammte Presse die Angelegenheit etwas ernsthafter behandeln sollen. Daß wir nicht gerade lustig gestimmt waren durch den beregten Bescheid, sollten wir eigentlich nicht mehr zu versichern brauchen, andererseits haben wir aber bei der, sagen wir einmal eigenartigen Behandlung, der wir fortgesetzt und von allen Behörden u. ausgeübt sind, oft nicht mehr die Waffe des Zorns, sondern nur noch die des Spottes. Das übrigens nebenbei. Zur Sache selbst citirt die „Dreslauer Zeitung“ die bez. Artikel der Preussischen Verfassung und des Gerichtsverfassungsgesetzes, um daraus den Beweis herzuleiten, daß dem Landgerichts-Präsidenten, abgesehen von besonderen hier nicht in Betracht kommenden Fällen, die Berechtigung, einem Zeitungsberichterstatter den Zutritt zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen zu verweigern, nicht zustehen. Wir sind natürlich ganz mit dem Blatte einverstanden, soweit es sich um den Zutritt zu dem Raum handelt, der für

die als Hörer theilnehmenden Personen bestimmt ist. In unserem Falle handelt es sich jedoch nicht um den Zutritt unseres Berichterstatters zu diesem allgemeinen Hörerraum — dazu hätte es seines besondern Besuchs an den Präsidenten des Gerichts gebraucht — sondern um den von der Presse, besonders benutzten und augenscheinlich für diese bestimmten Raum, in welchem die Berichterstatter aller hiesigen Blätter Platz genommen haben, mit Ausnahme des Berichterstatters unserer Zeitung, dem bisher stets die in diesem Falle erforderliche Genehmigung zur Mitbenutzung des Raumes vom Präsidenten verweigert worden ist. Und zwar ist diese Verweigerung der Erlaubnis unter verschiedenen Begründungen erfolgt. Vor etwa zwei Jahren z. B. lehnte der damals amtierende Landgerichts-Präsident Anton die Zulassung ab, weil der 22-jährige, ganz unbescholtene Berichterstatter ihm noch zu jung erscheine, um schon die zur Ausübung seines Berufes nöthigen Kenntnisse zu haben! Als ob das nicht ganz Sache der Beurtheilung seitens der Zeitung wäre, die den Betreffenden als Berichterstatter absendet. Im gegenwärtigen Falle konnte nun nicht wohl ein solcher Grund zur Verweigerung angegeben werden, ist doch der dem Herrn Präsidenten genannte Berichterstatter ein älterer, seit langen Jahren seinen Beruf als Berichterstatter (auch für bürgerliche Blätter) ausübender und gänzlich unbestrafter Mann. Da hat denn nun der Umstand zur Begründung der Ablehnung herhalten müssen, daß in den Jahren 1892—95 auf Grund strafrechtlichen Einschreitens in zahlreichen Fällen gegen Vertreter der Zeitung auf Strafe erkannt ist. Bemerken wollen wir noch, daß noch niemals bisher gegen die „Volkswacht“ wegen des Berichtes über eine Verhandlung vor hiesigen Gerichten auf Strafe erkannt oder auch nur ein Verfahren eingeleitet worden ist. — Allerdings ist unserem Berichterstatter das Recht bisher nicht verweigert, im allgemeinen Hörerraum Platz zu nehmen. Aber das kommt einem völligen Ausschluß von den Verhandlungen ziemlich gleich, denn erstens fehlt es dem Raume an jeder Einrichtung, die das Schreiben ermöglicht, dann ist, da Zungen u. dem Hörerraum den Rücken zuwenden, ein Verfolgen der Verhandlungen fast ganz unmöglich und schließlich ist der Raum meist immer schon bei Beginn der Verhandlungen mit der vorgeschriebenen Zahl der Besucher besetzt und der Berichterstatter kann oft stundenlang draußen warten, ehe ihm das zweifelhafteste Glück wird, einen mittlerweile freigewordenen Platz einnehmen zu dürfen. — Wir werden nöthigenfalls durch eine Beschwerde an das Justizministerium feststellen lassen, ob man das Recht hat, ohne jedweden Grund dem Vertreter einer Zeitung den Zutritt zu

dem für die Vertreter der Presse bestimmten Raum zu verweigern.

„Dreslau soll und muß patriotisch werden! Wenn wir die Vorbereitungen zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Kriegervereins betrachten, so kommt es uns vor, als ob man damit nicht die Kriegermänner ehren will, sondern, daß man bestrebt ist, die socialdemokratischen, vaterlandslosen Bewohner für die Kriegerthaten zu begeistern und sie in das Lager der Königsgetreuen zurückzuführen. Wir werden morgen erleben, wie die Presse dem Einzuge der Krieger weiswollte Artikel widmet und sie als heroische Vaterlandsverteidiger feiert, die es verdienen, daß Breslauer Bewohner sich für sie aufopfern. Besonders die „Schlesische Zeitung“ die Wächterin des Patriotismus, wird sich dabei sehr hervorthun. Wir gönnen den Kriegern den Willkommen von Herzen, man glaube nicht, daß wir den Deuten mißgünstig wären, ihrer selbst willen, durchaus nicht. Warum sollen die Männer, die ihre Gesundheit geopfert haben für das Vaterland, die heute vielleicht krank und siech ihre Tage hinleben, nicht einmal eine Freude haben und sich die Bevölkerung zeigen dürfen, sie haben das Recht das wie jeder andere Verein — aber wir sind entschlossen, daß die Stadt ein Kriegerisches Fest in einer Weise abbauscht, wie sie es eben thut. Die Denkmäler wie beim Sedanfeste geschmückt, man hat ferner bei tausend Mark zu den Kosten beigetragen und was Vergünstigungen noch mehr sind. Wenn Krieger begehen, so meinen wir, mögen die Corporationen, ein ganz besonderes Interesse an ihnen haben, sich daran beteiligen, wie sie wollen, sie mögen sie in jeder Weise begünstigen und sie ehren, aber wir haupten, und wohl mit Recht, daß der größte Theil der Breslauer Bewohner an dem Kriegerischen Schauspiel weniger Interesse hat. Zu die Bewohnern gehören 26,000 socialdemokratische Wähler die nicht theilnehmen können an diesem Feste.“

Breslau ist und bleibt nun einmal socialdemokratisch. Alle künstlichen Versuche, die Bewohner von den bösen, unverbesserlichen Socialdemokraten ablenken, werden stets fruchtlos bleiben — denn Alles darauf bedacht, die Rechte, die Anderen anstandslos eingeräumt werden, den Anhängern der socialdemokratischen Partei zu entziehen. Die Tactik unserer Behörden den Socialdemokraten gegenüber wird trotz all ihrem Bemühen, den Kreis unserer Anhänger einzuzengen, nur den Erfolg haben, die Anhängerschaft zu vermehren, wie die nächste Reichstagswahl ergeben dürfte. Darum sehen wir dem patriotischen Nummern wie er sich in diesen Tagen abspielen wird,

ihre Entsetzen, als sie eines Tages in der „Siegerländer Zeitung“ die Rörungliste mit dem Namen der Besitzer der Rüche nicht nur, sondern auch mit den Namen der angeführten Rüche nebst kurzen Bemerkungen über das Aussehen der edlen Rüche veröffentlicht finden! Da fand man z. B. eine „Martha mit weißem Stern vor dem Kopf“, eine „Amanda mit langem Horn“, eine „Rosamunde mit gestrecktem Schweif“, eine „Gertha mit schwarzem Fleck am Euter“ und ähnliche gräßliche Dinge mehr!

Kann man es den empfinden Damen verdenken, wenn sie gegen einen derartigen schmachvollen Mißbrauch ihrer lieblichen Vornamen in der in Siegen erscheinenden Zeitung einen flammenden Protest veröffentlichten? Gewiß nicht! Aber helfen wird der Protest nicht viel, denn die Namen der Rüche sind einmal in das Heerdbuch eingetragen und eine Aenderung derselben würde eine derartige Verwirrung in die Verhältnisse der Siegerländerischen Rindvieh-Stammbücher hineinbringen, daß die Folgen gar nicht abzusehen sein möchten.

Es geht es eben, wenn die Menschen sich gar zu sehr mit dem dummen Vieh einlassen. Uebrigens soll man mit der Geringschätzung des Viehverstandes auch nicht zu weit gehen. Unsere „Schles. Ztg.“ hat noch vor ein paar Tagen ihren Lesern ein Geschichtchen aufgetischt, aus welchem hervorgeht, daß das liebe Vieh oft wirklich viel verständiger ist wie mancher Mensch. Soll doch nach dieser Historie, die sich in einer Pöpelwitzer Fabrik eingetragen hat, ein halbtotes Pferd ganz selbstständig die Entdeckung gemacht haben, daß sich das auf der Fabrikhof stehende Dampfblaserohr vorzüglich als schmerzstillender Inhalations-Apparat eigne. Und nach dieser Entdeckung stellte sich das künge Pferd jeden Morgen vor das Dampfrohr, um mit Behagen die heißen Dämpfe einzuathmen und als der Dampf eines Moments schon zu einer Zeit abgelaufen wurde, als das Pferd noch in Stille war, stellte es sich rasch im Refektorium ein und sah den Hirt mit Blicken an, in welchen eine gewisse Mitleid lag. Es erzählt die gute alte „Schles. Ztg.“ in rührender Treuherzigkeit der staunenden Welt und sieht dabei ihre Leser mit Blicken an, in welchem die stumme Bitte liegt, die hübsche Geschichte doch ja zu glauben, wenn wir auch — in den Hundstagen sind!

In Viehsachen ist übrigens nicht nur die „Schles. Ztg.“ groß, deren vornehmste Freunde bekanntlich besonders in „Pferdeverstand“ excelliren, nein, sie hat in der „Schles. Morgenzeitung“ einen Concurrenten sowohl in edler konservativ-antisemitischer Gesinnung wie in reichem Wissen auf dem Gebiete der „Vieherei“. Schon im Juli dieses Jahres mußte das Blättchen zu melden, daß die am 5. December 1895 stattgehabte Viehzählung für die Provinz Schlesien einen Viehbestand von 280,938 Pferden, 612, Maulthieren und Maulseeln und 1,365,642 Rindviehstücken ergeben habe. Daß nenne ich noch einen Blick in die Zukunft. Uebrigens ist nach dieser Zählung der Bestand an Rindvieh in unserer Provinz ein überaus stattlicher zu nennen und wir haben nicht zu fürchten, daß uns, was Döhlen u. betrifft, irgend eine andere Provinz der preussischen Monarchie so bald überholen werde. Mit Hehn sieht ja allerdings etwas schlechter, es geht aber immerhin auch und wenn wir noch mal eine Nachzählung veranstalten wollten, würden wir am Ende grade von der Spezies noch manch vergessenes Prachtexemplar vorfinden. Aber lassen wir es zur bei der Statistik der „Schles. Morgenzeitung“ — es reicht auch so!

Und nun zum Schluß noch eine Jagdgeschichte, aber eine wahre! Ein liberaler Reichstagsabgeordneter, der sich gegenwärtig in Bad Nidroy von der anstrengenden parlamentarischen Thätigkeit ausruht, fühlte das Bedürfnis, Enten zu jagen. Da darf aber nicht gelaubt, lieber Leser, daß der genannte Abgeordnete am Ende Zeitungsschreiber wäre — bewahre, er dirigirt in den Freizeiten, die seine parlamentarische Thätigkeit ihm läßt, die Schlangen, Frösche und Affen des Berliner Aquariums und hat also weder Veranlassung noch Bedürfnis, nach Zeitungsenten zu jagen. Nein, er wollte wirklich Enten schießen und erbat sich dazu die Erlaubnis des Reichstags in der Jagd auf dem Nidroyer See, einem Herrn Oberförster. Da kam er aber schon an, denn der Herr Oberförster ist ein begeisterter Bewunderer Bismarcks und war immer noch voll heftiger Entrüstung über den ablehnenden Beschluß des Reichstags, dem Alten zum Geburtstag zu gratulieren. So konnte er einmal Vergeltung üben und er that das gradezu fürchterlicher Weise, indem er dem verwegenen Reichstagsabgeordneten folgenden Schreibebrief schickte: „Sie haben es mit verschuldet, daß der Reichstag dem Fürsten Bismarck nicht gebührend gratulirt hat. Schießen Sie Ihre Enten bei Bismarckfeiern in Nidroy sollen Sie keine kriegen.“ Schrecklich nicht wahr? Wie kann ein Mann nur so entmenscht sein und einem harmlosen freisinnigen Parlamentarier das Entenjagen verweigern! Der Abgeordnete ist denn auch so tief getroffen von dieser furchtbaren That, daß er geschworen haben soll, allernächster Zeit eine Wallfahrt nach Friedrichsruh unternehmen, um in Sad und Asche Buße zu thun für seine entsetzliche Sünde. Wenn er ein recht volles Gesicht mitbringt, soll er wirklich Ausrichtung in Vergebung seiner Sünden haben. Der Bismarck-begeisterte Oberförster in Nidroy aber läuft mit friedlichem Schmungeln umher und schießt weiter unbrosfen — Böde!

„Sie haben es mit verschuldet, daß der Reichstag dem Fürsten Bismarck nicht gebührend gratulirt hat. Schießen Sie Ihre Enten bei Bismarckfeiern in Nidroy sollen Sie keine kriegen.“

Schrecklich nicht wahr? Wie kann ein Mann nur so entmenscht sein und einem harmlosen freisinnigen Parlamentarier das Entenjagen verweigern! Der Abgeordnete ist denn auch so tief getroffen von dieser furchtbaren That, daß er geschworen haben soll, allernächster Zeit eine Wallfahrt nach Friedrichsruh unternehmen, um in Sad und Asche Buße zu thun für seine entsetzliche Sünde. Wenn er ein recht volles Gesicht mitbringt, soll er wirklich Ausrichtung in Vergebung seiner Sünden haben. Der Bismarck-begeisterte Oberförster in Nidroy aber läuft mit friedlichem Schmungeln umher und schießt weiter unbrosfen — Böde!

Literatur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Verlag) ist soeben das 44. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die idealistische Gesichtsauffassung. Discussion zwischen Jean Jaurès und Paul Lafargue, gehalten im Quercy-Latin in einer öffentlichen, von der Gruppe collectivischer Pariser Studenten einberufenen Versammlung. 1. Bort von Jean Jaurès. — Unser neuestes Programm. Von J. Jaurès. — Die Arbeiter und der Wahlkampf in England. Zweiter Brief. Von Eduard Bernstein. — Notigen: Programmvorschlag der Agrarcommission. — Feuilleton: Germine Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Eingige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

der Seelenruhe entgegen. Wir, die wir Wägen...

Wiederimpfung ausländischer Arbeiter. Nach einer den Landröthen des Bezirks Breslau...

Ein für die Gewerbe gerichte wichtiges Urtheil wurde vom Reichsgericht gefällt.

Reservisten und Landwehrleute, welche zu Übungen eingezogen werden...

Eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung, in welcher Genosse Bruns...

Achtung Tabakarbeiter und Arbeiterinnen! Für Sonntag, den 4. August...

Der M.-G.-V. Breslauer Sängerkorps (Betrieb S. Meinede) veranstaltet Sonntag...

Sommer-Theater bei Liebig. In der morgigen Aufführung der Offenbach'schen Operette...

Budapester Poffen-Theater. Sonnabend kommt das Donat Herrnsfeld'sche Original-Lustspiel...

Schadenfeuer. Gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr entstand in einem nach dem Christophoriplatz...

Ein Unglücksfall. Am Donnerstag Nachmittag wurde auf der Sternstraße eine Schneiderin...

Ein Verbrechen. In das Polizeigefängnis wurden am 1. d. M. 53 Personen eingeliefert.

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Ein Verbrechen. In der Dienstmädchenwelt...

Der furchtbare Felad der Socialdemokratie ist sicher ein Raubblut aus Färsch l. D. Dasselbe versendet folgende Abonnements-Einladung...

Miscellaneous

Der furchtbare Felad der Socialdemokratie ist sicher ein Raubblut aus Färsch l. D. Dasselbe versendet folgende Abonnements-Einladung...

Barbari in Salzien. Die Bewohner des kleinen Städtchens Milowka bei Saybusch klagen dem Krakauer...

Latest News

Münchberg, 2. August. Eine öffentliche Frauen-Versammlung, in der die Genossin Steinbach über die Arbeiterinnen im Kampfe um ihre wirtschaftliche Existenz...

Fork 1. 2., 2. August. Die Stadt und die Umgegend sind gestern von einem schweren Gewitter heimgegriffen worden.

Baderborn, 2. August. Im Truppenlager Senne traf der Blitz ein Compagniequartier und tötete 8 Soldaten.

Bern, 2. August. Wie bestimmt verlautet, wird Italien, sobald die finanzielle Beteiligungen der italienischen Städte und Provinzen geregelt ist, sich zum Abschluss eines Staatsvertrages mit der Schweiz, betreffend den Simplon...

Bissen, 2. August. Die Mälzerei des Bürgerlichen Brauhauses, deren Bau im vorigen Jahre begonnen und soeben vollendet worden ist, einschließlich der Maschinen im ungefähren Werthe von einer Million Gulden steht in hellen Flammen.

Budapest, 2. August. Die hier bei einem Freunde Stambulows in Verwahrung befindlichen Memoiren des bulgarischen Staatsmannes werden noch im Laufe des Sommers zur Veröffentlichung gelangen.

Sofia, 2. August. Das hiesige Regiment rückte zur Grenze ab, angeblich behufs Entwaffnung der auf bulgarischem Gebiete befindlichen Aufständischen.

Basel, 2. August. Wie die „Stolle belge“ meldet, hat die Regierung sehr strenge Maßregeln getroffen wegen...

